südostasien
Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

1 | 2026, Indonesien, Südostasien,
Autor*in: Linda Yanti Sulistiawati

Auf dem Weg zu den Rechten der Natur



In Neuseeland verlieh das Parlament 2017 dem Whanganui-Fluss Rechte. © Felix Engelhardt / Flickr / CC BY 2.0

Indonesien/Südostasien/Weltweit: Das indigene Adat-Recht Indonesiens bietet vielfältige Grundlagen für einen stärkeren juristischen Schutz der Natur.

Das indonesische *Adat*-Recht (indigenes Recht, Gewohnheitsrecht), das bereits vor der Gründung

des indonesischen Staates existierte, könnte die Grundlage für einen künftigen Rahmen für die Rechte der Natur (Rights of Nature, RoN) bilden. Indonesien hat zwar die RoN bislang nicht in die nationalen Gesetze aufgenommen. Dennoch ist der Großteil dessen, wofür die RoN eintreten, bereits in den Weltanschauungen der *Adat*-Gesellschaften verankert: der Glaube, dass das Land, die Flüsse, die Wälder und die anderen Naturelemente lebendig sind, miteinander verbunden sind und Respekt verdienen. In vielen Gesellschaften ist die Natur kein Objekt, sondern Teil der Gemeinschaft, die oft wörtlich als Mutter, Vorfahre oder lebenspendender Geist beschrieben wird.

Länder wie Ecuador und Bolivien haben die Natur ausdrücklich als rechtsfähige Einheit anerkannt. Auch in Südostasien hat es wegweisende Urteile gegeben, die Flüssen eine Rechtsstellung einräumen. Dennoch hat Südostasien als Region die RoN noch nicht als grundgesetzliches Prinzip etabliert. Indonesien befindet sich daher in einer besonderen Situation: RoN ist nicht in nationalen Gesetzen verankert, hat jedoch eine tief verwurzelte Präsenz in indigenen Praktiken und *Adat*-Rechten, die als Teil des indonesischen Rechtssystems eingeräumt werden.



Die Spinnennetz-förmigen Reisfelder in der Region Manggarai (Flores, Indonesien) basieren auf der traditionellen Weisheit, dass jede Familie gleiche Anteile an Produktionsland hat. © Linda Yanti Sulistiawati

Die indonesische Verfassung von 1945 bietet tatsächlich einen fruchtbaren Boden für RoN□typische Interpretationen. Sie erkennt *Adat*-Gemeinschaften an, würdigt ihre Gesetze und bekräftigt das Recht der Bürger auf eine gute Umwelt. Im Laufe der Zeit wurden *Adat*-Rechte in der nationalen Gesetzgebung – vom Agrarrecht bis hin zu Vorschriften zum Umweltmanagement und zur Forstwirtschaft – immer wieder erwähnt, auch wenn ihre Umsetzung uneinheitlich ist. Mit mehr als 1.300 anerkannten ethnischen Gruppen ist der Rechtspluralismus des Landes nicht nur unvermeidlich, sondern auch von zentraler Bedeutung für die Art und Weise, wie Menschen vor Ort mit Natur umgehen und Land bewirtschaften.

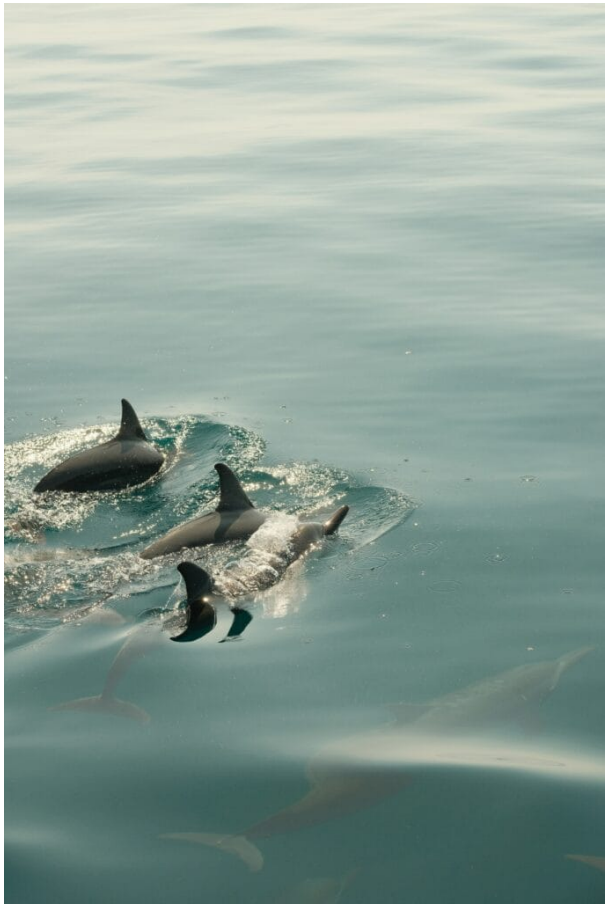
Das Argument hierbei ist, dass das *Adat*-Recht mit seiner ökozentrischen Ausrichtung bereits vieles von dem verwirklicht, was RoN anstrebt. In vielen *Adat*-Traditionen wird die Natur als lebendiges Subjekt betrachtet, anstatt als wirtschaftliches Gut. Allerdings wird dieses Verständnis nicht immer in staatliche Politik umgesetzt, insbesondere in Zeiten des Arbeitsbeschaffungsgesetzes, das Investitionen und wirtschaftliche Expansion über ökologische Überlegungen stellt.

Um diese Konflikte zu veranschaulichen, folgen einige Fallstudien.

Der Landkonflikt zwischen Manggarai und Ngada (Flores)

Territoriale Streitigkeiten zwischen den Manggarai- und Ngada-Gemeinschaften auf Flores ziehen sich seit Jahrzehnten hin. Für die Menschen vor Ort wird das betreffende Land nicht einfach nur als Verwaltungsgrenze betrachtet, sondern als „Nusa“, das „Mutter“ bedeutet. Das Territorium ist mit Abstammung, Verantwortung und spiritueller Pflicht verbunden. Eine Verschiebung der Grenzen, wie sie um fast 40 Kilometer erfolgte, wird daher nicht nur als bürokratischer Übergriff, sondern auch als Verletzung der Identität empfunden. Das *Adat*-Recht bietet zwar Mechanismen zur friedlichen Lösung, doch die Präsenz von Bergbauinteressen und die Starrheit formaler Grenzen erschweren die Lage. Dies zeigt, wie ökologische und kulturelle Verständnisse der Lokalbevölkerung mit den nationalen Agenden zur Entwicklung kollidieren können.

Philippinen: Der Fall der Meeressäugetiere in der Tañon-Straße



In den Philippinen war eine Petition im Namen der „ansässigen Meeressäuger“ erfolgreich. © James Virtudazo / Unsplash

Die Philippinen bilden einen regionalen Kontrast. Im April 2015 akzeptierte der Oberste Gerichtshof eine Petition, die im Namen der „ansässigen Meeressäuger“ durch ihre menschlichen Vertreter beantragt wurde. Obwohl das Urteil Säugetiere nicht zu Rechtspersonen erklärte, erkannte es eine ökozentrische Form der Klagebefugnis an und hob einen Vertrag über die Erdölförderung in einem Schutzgebiet auf. Diese Entscheidung ist ein Beispiel dafür, wie die Justiz sich schrittweise, auch

ohne explizite gesetzliche Unterstützung, zu den RoN-Prinzipien bewegen kann. Es spiegelt auch eine kulturelle Intuition wider, die in vielen südostasiatischen Gemeinschaften zu beobachten ist: Das Meer ist nicht nur eine Ressource, sondern auch eine lebendige Präsenz, die eng mit dem Überleben der Menschen verbunden ist.

Malaysia: Abkommen zum Naturschutz (NCA) in Sabah

Das Sabah NCA verdeutlicht die Folgen, die entstehen, wenn marktbasierte ‚naturbasierte Lösungen' die Steuerungsmechanismen der indigenen Völker ignorieren. Das geheimnisvolle Abkommen erlaubte einer privaten Firma den exklusiven Anspruch auf die Monetisierung von Waldkohlenstoff auf breiten Territorien. Die indigenen Menschen vor Ort wurden nicht befragt, obwohl diese Territorien ihr angestammtes Land sind. Dieser Ausschluss verstieß sowohl gegen die *Adat*-Normen als auch gegen internationale Grundsätze wie die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC). Letztendlich führten rechtlicher und öffentlicher Druck zur Aussetzung des Abkommens und machten deutlich, wie fragil Naturschutzbemühungen sind, wenn Ökosysteme als Handelsware und nicht als Rechtsträger behandelt werden.

Fluss Ciujung, Banten, Indonesien

Der Fall des Flusses Ciujung zeigt eine weitere Herausforderung Indonesiens bei der Rechtsdurchsetzung. Obwohl die ersten Klagen in den 1990er Jahren eingereicht wurden, bleibt die Verschmutzung des Flusses durch Fabriken weiterhin bestehen. Dies betrifft Tausende von Menschen, darunter die Baduy-Gemeinschaft, die für ihre tiefe ökologische Ethik bekannt ist. Aktivist:innen schlagen vor, dem Fluss Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen, um einen besseren Schutz zu gewährleisten. Dieser Fall ist eine wichtige Erinnerung daran, dass selbst die bestformulierten Gesetze wirkungslos bleiben. Wenn die konventionellen Instrumente scheitern, könnten die RoN neue juristische Kanäle anbieten.

Indigene Weltanschauungen als Rechtsquelle ernst nehmen

Zur Analyse dieser Fallstudien wurde ein Gerechtigkeitsrahmen unter Berücksichtigung zweier Dimensionen entwickelt: Verfahrensgerechtigkeit und Anerkennungsgerechtigkeit.

In der prozessualen Justiz geht es darum, wer am Tisch sitzt. Die Entscheidungsfindung in den meisten *Adat*-Gesellschaften ist tief partizipatorisch und basiert auf Dialog und Einigung. Staatliche Verfahren erkennen diese Mechanismen jedoch nicht immer an, sodass die Partizipation oft nur symbolisch erfolgt oder sogar vollständig umgangen wird. Eine Stärkung der prozeduralen Justiz wird durch die Integration der *Adat*-Normen in offizielle Verfahren erreicht, wodurch gewährleistet wird, dass bei Entscheidungen über das Land und das Wasser dessen indigenen Hüter:innen aufrichtig beteiligt sind.

Weltweit in Bewegung für die Rechte der Natur

Flüssen, Wäldern oder Gebirgen Rechte zuzusprechen ist seit Jahrtausenden indigene Praxis. Bewegungen für die Rechte der Natur greifen diese Praxis auf und verbinden sie mit einer Einbettung in staatliche Rechtssysteme. In der Global Alliance for the Rights of Nature verbinden sich seit 2010 Menschen und Bewegungen aus der ganzen Welt. Das Portal Eco Jurisprudence Monitor gibt auf einer Weltkarte einen Überblick über mehr als 500 Gesetze, Gesetzesinitiativen, Gerichtsurteile, Dekrete, Erklärungen staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Institutionen bis hin zu Verfassungsänderungen im Sinne der Rechte der Natur. Im deutschsprachigen Raum verbinden sich

im Netzwerk Rechte der Natur Umweltschutzorganisationen, Aktivist:innen, Jurist:innen und Wissenschaftler:innen mit dem Ziel, der Natur eigene Rechte einzuräumen, die juristisch verankert sind und so stärker geschützt werden. (*südostasien*-Redaktion)

Mittlerweile verlangt die Anerkennungsgerechtigkeit, dass indigene Weltanschauungen und ihre ökologischen Philosophien als legitime Rechtsquelle ernst genommen werden. Dies beinhaltet die Anerkennung, dass der Wald oder der Fluss für viele Gesellschaften nicht nur ein Objekt, sondern ein Familienmitglied ist. Die Anerkennungsgerechtigkeit zwingt den Staat, über eine anthropozentrische Denkweise hinauszugehen und die Natur nicht nur als Kulisse menschlichen Handelns, sondern als Teil der Gemeinschaft zu betrachten.

Herausforderungen

Es bestehen weiterhin mehrere Hindernisse. Das indonesische Umweltrecht stellt nach wie vor den Nutzen für den Menschen in den Mittelpunkt, nicht die Rechte der Natur. Wirtschaftliche Prioritäten überschatten häufig ökologische Aspekte. Gesetze werden nur schwach durchgesetzt. Trotz Verschmutzung der Flüsse werden weiter Genehmigungen für Unternehmen erteilt und Gerichtsurteile ignoriert. Die Führungsstrukturen des *Adat*, die zwar auf dem Papier anerkannt sind, werden in der Praxis nicht immer gestärkt.

Diese systemischen Herausforderungen spiegeln sich auch in Malaysia und auf den Philippinen. Regierungen sehen sich unter dem Druck, ausländische Investitionen anzuziehen – selbst wenn dies im Widerspruch zu Umwelt-Rechten oder den Rechten indigener Völker steht.

Einzigartige Gelegenheit für Indonesien

Obwohl Indonesien eine explizite RoN-Gesetzgebung fehlt, verkörpern viele *Adat*-Rechte bereits die RoN-Prinzipien. Dies bietet Indonesien eine einzigartige Gelegenheit: Anstatt die RoN aus dem Westen oder aus Lateinamerika zu importieren, könnte es einen Rahmen entwickeln, der in den eigenen Traditionen wurzelt. Nach den jüngsten Entwicklungen im Land könnte das *Adat*-Recht gestärkt werden, um die Rechte der indigenen Bevölkerung zu wahren und den indigenen sowie lokalen Gemeinschaften mehr Schutz zu bieten. Die Erfahrungen der Philippinen und Malaysias zeigen sowohl die Chancen als auch die Risiken einer Entwicklung hin zu RoN in Südostasien.



Orang Utan- Mutter mit ihrem Jungen in Sabah, Malaysia, © Carine06 / Flickr

Diese Studie enthält dafür vier zentrale Empfehlungen. Zunächst sind Gesetzesreformen erforderlich, um indigene Völker zu schützen und die Rechte der Natur (RoN) zu verankern, indem Ökosysteme wie Flüsse, Wälder und Seen als Rechtsträger mit klageberechtigtem Status im Umweltrecht anerkannt werden. Dies beinhaltet: die Harmonisierung des *Adat*-Rechts und des nationalen Rechts zur Entwicklung eines fairen, pluralistischen Systems sowie die Ernennung legaler Beschützer für die Natur und die Harmonisierung des Schutzes durch lokale Regelungen, die den Eigenschaften des *Adat*-Rechts entsprechen, während gleichzeitig die nationalen Rechte verankert bleiben.

Zudem sollte die Justizreform eine strikte Durchsetzung von Gerichtsurteilen wegen Umweltverstößen gewährleisten und lokale Beamte für solche Verstöße zur Rechenschaft ziehen. Solche Justizreformen orientieren sich vor allem an der Reform des Verfahrensrechts und der Stärkung der Kompetenzen der Richter, die Fälle zu beurteilen. Die Richter sollten an Trainings zu den RoN-Prinzipien sowie zur ökologischen *Adat*-Weisheit teilnehmen.

Außerdem müssen politische Maßnahmen und Lobbyarbeit die RoN-Prinzipien, nachhaltige Entwicklung und *Adat*-Weisheit durch öffentliche Kampagnen und verbindliche Sorgfaltspflichten fördern. Unternehmen, die Genehmigungen zur Nutzung natürlicher Ressourcen erwerben möchten, sollten vor Abschluss der Vereinbarungen strenge Menschenrechts- und Umweltprüfungen durchführen, einschließlich der Einholung der freien, vorherigen und informierten Zustimmung der betroffenen Gemeinden (FPIC).

Dies ist eine gekürzte und redaktionell bearbeitete Version des Artikels "Indonesia's Adat Law towards Right of Nature": der 2026 in dem Buch „Diverse Indigenous Knowledge for Sustainability: Perspectives, Challenges, and Opportunities" bei Cambridge University Press veröffentlicht wird.

Übersetzung aus dem Englischen von: Mustafa Kursun

Autor:in

Linda Yanti Sulistiawati

Linda Yanti Sulistiawati ist Senior Research Fellow am Asia-Pacific Centre for Environmental Law (APCEL) der National University of Singapore und außerplanmäßige Professorin für Rechtswissenschaften an der Universitas Gadjah Mada, Yogyakarta, Indonesien.



Dieser Text erscheint unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.